

18. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie

einstimmig – mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD bei Enthaltung FDP

An Haupt

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie
vom 7. Mai 2020

zum

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2514
**Mehr soziale Sicherheit für Volkshochschul-
Dozent*innen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/2514 – wird mit geändertem Berichtsdatum „31. Oktober 2020“
angenommen.

Berlin, den 14. Mai 2020

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie

Emine Demirbüken-Wegner

einstimmig mit SPD, CDU, LINKE und GRÜNE bei Enthaltung AfD und FDP

An Plen

**Hierzu:
Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses
vom 27. Mai 2020

zum

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2514
**Mehr soziale Sicherheit für Volkshochschul-
Dozent*innen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/2514 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Der letzte Satz des Antrags wird gestrichen und folgende Absätze angefügt:

„Der Senat wird aufgefordert, das Rundschreiben IV Nr. 29/2020 über ‚Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Berlin; Auswirkungen der Schließung von Musikschulen, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen des Landes Berlin‘, bis zur Wiederöffnung der jeweiligen Einrichtungen zu verlängern und über die jeweils fachlich zuständigen Senatsverwaltungen ein einheitliches Vorgehen der Bezirke und des Landes bei der Koordinierung des Online- sowie Präsenzangebots zu gewährleisten.

Mögliche Anpassungen der Regelungen zur Fortzahlung der Honorare sollen nach Auswertung der bisher in der Praxis gemachten Erfahrungen gemeinsam mit den Bezirken und Interessenvertretungen der Betroffenen vorgenommen werden.

In diesem Zusammenhang sind die Anstrengungen zu verstärken, Unterrichtsleistungen digital zu erbringen, wenn infolge der Coronakrise Leistungen nicht im Präsenzunterricht erbracht werden können. Für jene Honorarkräfte an den Musik- und Volkshochschulen, die ihre Arbeit aufgrund der Infektionsschutz-Maßgaben auch nach den ersten Lockerungen für diese Einrichtungen nicht regulär wiederaufnehmen konnten (wie zum Beispiel im Falle musikpädagogischer Früherziehung, dem Ensembleunterricht, etc.), ist nach berlinweit einheitlichen Lösungen zu suchen, die technischen Voraussetzungen für die Ermöglichung der Onlineangebote sicherzustellen und damit die Weiterzahlung der Honorare auch über den 31. Mai 2020 sicherzustellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 30. September 2020 zu berichten, danach halbjährlich.“

Berlin, den 27. Mai 2020

Die Vorsitzende
des Hauptausschusses

Franziska Becker